

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Karin Binder, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/12149 –**

### **Überwindung von Rollenstereotypen – Umsetzung der Forderungen der Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands zum 6. CEDAW-Bericht der Bundesregierung**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Am 18. Dezember 1979 verabschiedete die Generalversammlung der UNO die Resolution 54/4 zum Übereinkommen der VN zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen (CEDAW), das am 10. Juli 1984 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde. Am 14. September 2007 übergab die Bundesregierung dem CEDAW-Ausschuss den 6. Staatenbericht zur Umsetzung des Abkommens. Diese Übergabe gab den Anstoß dafür, dass sich 28 Frauenverbände, -organisationen und -initiativen zusammenschlossen, um mit einem Alternativbericht diesen Bericht zu kommentieren, kritisch zu bewerten und zu ergänzen. Zusammenfassend wurde festgestellt, dass die Bundesregierung offensichtlich keine zielorientierte Gleichstellungspolitik verfolgt, sondern sich fast ausschließlich auf die Familienpolitik konzentriert. Allerdings ist auch diese Familienpolitik nicht durchgängig gleichstellungsorientiert und wirkt vor allem für Geringverdienende retraditionalisierend. Weiterhin wird kritisiert, dass die Bundesregierung kein Gesamtkonzept zur Überwindung der allgegenwärtigen Stereotypen und konservativen Ansichten über die Rollen und Aufgaben von Männern und Frauen hat und lediglich Einzelmaßnahmen unterstützt und nicht die strukturellen Ungleichheiten beseitigt, die auf einem modifizierten ErnährermodeLL beruhen.

1. a) Welche Schritte will die Bundesregierung unternehmen, um in der föderalen Bundesrepublik Deutschland zielgerichteter gegen Rollenstereotypen vorzugehen und einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über diskriminierungsfreie, egalitäre und partnerschaftliche Rollenmodelle in Gang zu setzen und zu führen?
- b) Wenn keine, warum nicht?

Rollenvorstellungen befinden sich im Wandel. Vor allem bei den Frauen ist dieser bereits weit vorangeschritten. Etwa 80 Prozent der jungen Frauen möchten

heute erfolgreich einen Beruf ausüben und gleichzeitig Kinder haben. Für sie ist die Perspektive, ohne eigene Berufstätigkeit nach der Geburt eines Kindes dauerhaft nur Mutter und Hausfrau zu sein, nicht mehr attraktiv. Auch bei den Männern gibt es Bewegung, allerdings noch nicht im selben Umfang.

Deswegen nimmt die neue Gleichstellungspolitik der Bundesregierung das Rollenverständnis der Männer mit in den Blick, um zu einem neuen, ausgewogenen und gerechten Geschlechterverhältnis zu gelangen. Die Bundesregierung hat aus diesen Gründen auch einen Schwerpunkt ihrer gleichstellungspolitischen Maßnahmen auf Jungen und Männer gelegt.

#### 1) Broschüre „Neue Wege – Porträts von Männern im Aufbruch“

Es gibt Männer, die nicht den Beruf in den Mittelpunkt ihres Lebens stellen, sondern denen andere Facetten ihres Lebens mindestens ebenso wichtig sind. Solche Männer und Rollenmodelle präsentiert die Veröffentlichung „Neue Wege – Porträts von Männern im Aufbruch“. Sie liegt inzwischen in zweiter Auflage und auch in englischer Sprache vor.

#### 2) Forschungsprojekt „Männer in der Ausbildung zum Erzieher und in Kindertagesstätten“

In der Diskussion um die Bedeutung der frühkindlichen Bildung wird der geringe Anteil von Männern in den Kindertagesstätten immer wieder problematisiert. Die EU-Kommission empfiehlt einen Männeranteil von 20 Prozent im pädagogischen Bereich von Kindertagesstätten. Dieser Anteil liegt in Deutschland zurzeit unter 4 Prozent. Ein höherer Anteil männlicher Erzieher gäbe Kindern männliche Vorbilder, erhöhte die Vielfalt der pädagogischen Angebote und erweiterte das Berufswahlspektrum junger Männer. Zu diesem Thema ist in Deutschland bisher praktisch nicht geforscht worden. Es gibt lediglich Hinweise, dass etwa ein Drittel der Jungen sich durchaus vorstellen können, später als Erzieher in einer Kindertagesstätte zu arbeiten. Mit der Studie „Männer in der Ausbildung zum Erzieher und in Kindertagesstätten“ sollen Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, wie mehr Männer für die Ausbildung zum Erzieher gewonnen werden können. Die Ergebnisse der Studie werden Ende 2009 vorliegen.

#### 3) Forschungsprojekt „Der Zivildienst als Sozialisationsinstanz für junge Männer“

Die Bundesregierung hat eine auf drei Jahre angelegte Untersuchung „Der Zivildienst als Sozialisationsinstanz für junge Männer“ in Auftrag gegeben. In dieser Untersuchung spielen auch Fragen nach der Auswirkung dieses Pflichtdienstes auf Rollenbilder und Berufs- und Lebensperspektiven junger Männer eine zentrale Rolle.

Erste Ergebnisse wurden auf einem Symposium im Dezember 2008 vorgestellt. Die Gesamtergebnisse der Studie werden Ende 2010 vorliegen.

#### 4) Neue Wege für Jungs

Seit 2005 fördert die Bundesregierung gemeinsam mit dem Europäischen Sozialfonds das bundesweite Vernetzungsprojekt „Neue Wege für Jungs“, das lokale Initiativen unterstützt, die schulische und außerschulische Projekte für Jungen der Klassen 5 bis 10 anbieten. Dabei stehen im Mittelpunkt:

1. die Erweiterung des Berufswahlspektrums, um Jungen durch eine geschlechtssensible Unterstützung mit Arbeitsbereichen und Tätigkeiten in Kontakt zu bringen, die traditionell eher dem anderen Geschlecht zugewiesen werden;
2. Chancengleichheit und männliche Rollenvielfalt als Gewinn zu erleben durch kritische Reflektion tradiertter Rollenvorstellungen und einengender Männlichkeitsbilder;

3. Stärkung und Vermittlung sozialer Kompetenzen, um berufliche Chancen zu verbessern und eine Bereicherung der Persönlichkeit zu erfahren.

Mehr Informationen sind unter [www.neue-wege-fuer-jungs.de](http://www.neue-wege-fuer-jungs.de) erhältlich.

#### 5) Elterngeld

Das Elterngeld mit seinen Partnermonaten hat dazu geführt, dass deutlich mehr Väter von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, als das bei der alten Regelung der Fall war. Heute erhält in 16 Prozent der Haushalte, in denen Elterngeld bezogen wird, der Vater diese Leistung. Und wiederum 13 Prozent dieser Väter nehmen für die längstmögliche Zeit, für 12 Monate, Elterngeld in Anspruch.

#### 6) „Girls’ Day – Mädchen-Zukunftstag“

Dieser bundesweite Aktionstag eröffnet Mädchen die Möglichkeit, an jedem vierten Donnerstag im April wichtige zukunftssträchtige Bereiche des Berufsspektrums kennen zu lernen, die sie bisher wenig in Betracht ziehen. Seit 2001 haben bereits ca. 800 000 Mädchen der Klassen 5 bis 10 am „Girls’ Day“, der weltweit größten Berufsorientierungsinitiative für Mädchen, teilgenommen. Der „Girls’ Day“ wird gefördert von der Bundesregierung sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Mehr Informationen sind unter [www.girls-day.de](http://www.girls-day.de) erhältlich.

#### 7) Wanderausstellung – „Rollenbilder im Wandel“

Im Jahr 2008 machte die Bundesregierung in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit mit der interaktiven Wanderausstellung „Rollenbilder im Wandel“ die Bedeutung der Überwindung von alten Rollenbildern für neue berufliche und private Chancen deutlich. Die Ausstellung präsentierte dazu Rollenbilder, Lebenssituationen und Perspektiven in kurzen Videoporträts und ist weiter im Internet präsent unter [www.rollenbilder.de](http://www.rollenbilder.de).

Die genannten Maßnahmen der Bundesregierung zielen somit darauf ab, Frauen und Männern eine volle Entfaltung ihres Potenzials zu ermöglichen. Wenn Frauen und Männer ohne Einengungen durch Rollenerwartungen ihre jeweiligen, individuellen Potenziale ausschöpfen können, bedeutet dies eine ungeheure Bereicherung nicht nur für jede Frau und jeden Mann, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes.

2. a) Welche Schritte will die Bundesregierung unternehmen, um Wege zu finden, um auf öffentlich-rechtliche Medien einzuwirken, mit dem Ziel, in diesem Bereich den Abbau von Rollenstereotypen herbeizuführen?
- b) Wenn keine, warum nicht?

Die Verantwortung für das Programm der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten obliegt der Intendantin oder dem Intendanten der jeweiligen Rundfunkanstalt. Das verfassungsrechtliche Gebot der Staatsferne des Rundfunks steht einer staatlichen Einflussnahme auf die Programmgestaltung der Rundfunkanstalten entgegen. Vor diesem Hintergrund kann und wird die Bundesregierung keinen Einfluss auf Programmentscheidungen der betreffenden Sender nehmen.

Zudem liegt der Bereich des inländischen Rundfunks nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes in der Zuständigkeit der Länder, wo bereits ein öffentlicher Diskurs über Rollenmuster in den Medien stattfindet. So wurde von der 17. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) das Thema „Abbau von Geschlechterstereotypen in den Medien“ erörtert. Auf der 18. GFMK wurde ein Beschluss gefasst, wonach die Landesministerinnen und Landesminister bei den

jeweiligen Landesanstalten für Sensibilität für die Problematik und eine entsprechende Themenwoche werben wollen.

3. a) Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um bei der Besetzung von Führungspositionen in den Sendeanstalten eine Frauenquote einzuführen?
- b) Wenn keine, warum nicht?

Die Bundesregierung begrüßt die erfolgreichen Anstrengungen, die in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unternommen worden sind und unternommen werden, um für Frauen einen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen zu gewährleisten. Eine Regelungskompetenz für den Bereich des inländischen Rundfunks kommt dem Bund allerdings auch hinsichtlich von Gleichstellungsfragen nicht zu (vgl. auch Antwort zu Frage 2).

Bei der Rundfunkanstalt des Bundesrechts „Deutsche Welle“ wurden und werden erhebliche Anstrengungen zum Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen – auch im Führungskräftebereich – unternommen. Die Deutsche Welle hat zum 1. Januar 2006 einen auf den Grundsätzen des Bundesgleichstellungsgesetzes (BGleiG) basierenden Gleichstellungsplan erstellt. Der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigtenzahl der Deutschen Welle liegt bei 47 Prozent; der Anteil der Frauen in leitenden Funktionen ist innerhalb von zehn Jahren von 8,5 Prozent auf 25 Prozent (Stand 31. Dezember 2007) gestiegen.

4. a) Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um eine wirksame unabhängige Kontrolle außerhalb des Werberats einzurichten und die Privatwirtschaft in diese Bemühungen einzubeziehen, sowie um sexistische und rassistische Werbung zu unterbinden?
- b) Wenn keine, warum nicht?

Die Bundesregierung setzt auf eine funktionierende Werbeselbstkontrolle der deutschen Wirtschaft. Werbende Firmen, Medien, Handel und Agenturen müssen die Verhaltensregeln des Deutschen Werberats über die kommerzielle Kommunikation beachten. Zu diesen Regeln zählen auch die „Grundsätze des Deutschen Werberats zur Herabwürdigung und Diskriminierung von Personen“, die festlegen, dass kommerzielle Werbung nicht die Menschenwürde und das allgemeine Anstandsgefühl verletzen darf. Abgelehnt werden u. a. Aussagen oder Darstellungen, die Personen wegen ihres Geschlechts oder ihrer Rasse diskriminieren, die übertriebene Nacktheit darstellen oder pornografischen Charakter besitzen.

5. a) Welche Schritte will die Bundesregierung unternehmen, um Sanktionen empfindlicher finanzieller Art gegen sexistische und rassistische Werbung zu verhängen, die nicht ausgesetzt werden dürfen?
- b) Wenn keine, warum nicht?

Sofern Werbung gegen allgemeine Gesetze, also etwa das Strafrecht, die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend oder das Recht der persönlichen Ehre verstößt, fallen entsprechende Maßnahmen in die Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden bzw. der Jugendschutzorgane.

Hinsichtlich rechtlich zulässiger, aber ethisch unakzeptabler Werbung wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.